

Zur Kernaussage 6a

Klima- und Naturschutz gegen den Schutz wirtschaftlicher Interessen? Letztlich ist eine intakte Ökologie, nicht die Ökonomie für unser aller Leben ausschlaggebend. Wir müssen uns entscheiden.

Rein naturwissenschaftlich und auch technisch betrachtet ist es durchaus noch möglich, die Erwärmung auf „max. +1,5 °C“ zu begrenzen – allerdings nur auf einem sehr kurzfristigen Weg zur Klimaneutralität, der mit aller Konsequenz sofort begonnen werden muss. Ob es gelingen wird, ist eine andere Frage.

Sie lautet: **Wie kann dieser Weg wirtschaftlich ohne einen ökonomischen Zusammenbruch und ohne soziale Verwerfungen gegangen werden?** Dazu gibt es bisher noch kein überzeugendes Konzept, weder bzgl. der 1,5°- noch der 1,75°-Marke. Im Jahr 2020 erschienen zur Thematik **drei Veröffentlichungen:**



Buch von **Heiner Flassbeck:**
„Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft - Lassen sich Ökonomie u. Ökologie versöhnen?“, 176 Seiten – H. Flassbeck ist Honorar-Professor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik



Buch von **Lars Hochmann (Hg.):**
„economists4future. Verantwortung übernehmen für eine bessere Welt“, 296 Seiten – L. Hochmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Oldenburg mit dem Verantwortungsbereich „Forschungswerkstatt Nachhaltigkeit“



Studie im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität: „Klimaneutrales Deutschland - In drei Schritten zu null Treibhausgasen bis 2050 über ein Zwischenziel von -65 % im Jahr 2030 als Teil des EU-Green-Deals“, erstellt durch **Prognos**, das **Öko-Institut** und das **Wuppertal Institut**

Ulrike Herrmann, Wirtschaftsredakteurin bei der taz, hat kürzlich **alle drei Veröffentlichungen kritisch kommentiert**. Nach ihrem Urteil sind alle **drei Versuche, Klimaschutz und ökonomische Theorie zu verbinden, gescheitert**. Ihre Argumentation klingt überzeugend, s. zu den zwei Büchern [Artikel 1](#) und zur Studie [Artikel 2](#). Dass es fünf Jahre nach der in der Pariser Vereinbarung betonten Dringlichkeit eines weltweit konsequenten Klimaschutzhandelns noch immer kein Konzept zu dessen Umsetzung in eine entsprechende Wirtschaftspolitik gibt, ist äußerst bedrückend. Und dass unter Beteiligung des Öko-Instituts und des Wuppertalinstituts im Jahr 2020 noch eine Studie veröffentlicht wird, in der – wie in der Politik – noch immer die Rede ist vom Ziel „Klimaneutralität ab 2050“ statt von der schon sehr bald erreichten nationalen Grenze des CO₂-Budgets, ist erschreckend. Denn der Fehler offenbart die allseits verbreitete Vorherrschaft der ökonomischen Problemwahrnehmung über die Wahrnehmung der ökologischen Probleme. **Sie aber, die Ökologie, nicht die Ökonomie, ist letztlich für unser aller Leben ausschlaggebend.**

Deshalb ... (weiter S. 23)

Zur Kernaussage 6b

Klima- und Naturschutz gegen den Schutz wirtschaftlicher Interessen? Letztlich ist eine intakte Ökologie, nicht die Ökonomie für unser aller Leben ausschlaggebend. Wir müssen uns entscheiden.

Angesichts der klar erkennbaren und in kleinen Stücken schon erlebbaren Bedrohungen durch den in Gang gekommenen Klimawandel und trotz des noch unklaren Blicks darauf, wie wir die ohne Zweifel schnellstens notwendige Energiewende ökonomisch verkraften werden, sollten wir (und alle Länder der Erde) die **zeitlich gesehen wohl letzte Möglichkeit nutzen**, eine weitere Erwärmung so weit wie noch eben möglich zu verhindern – entschlossen und konsequent, gemeinsam füreinander und für die nach uns kommenden Generationen.

Damit ist gemeint:

Ab sofort in echter solidarischer Anstrengung seitens der Industrie und Wirtschaft genauso wie seitens der öffentlichen und privaten Bereiche und durch Nutzung aller ökologisch verträglicher Möglichkeiten so viel an CO₂-Emissionen zu vermeiden, wie wir schaffen können,

und ab Erreichen der CO₂-Budgetgrenze bis längstens 2035 als Kompensation für alle im Inland noch nicht vermeidbaren Emissionen in passenden Partnerländern dortige Emissionen dank deutscher Finanzierung zu vermeiden helfen.

Wie das alles auf schnellstem Weg ökonomisch vertretbar und sozial-verträglich realisiert werden soll, dafür muss die Politik in intensivem Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern sofort nach Beginn der nächsten Legislaturperiode die erforderlichen gesetzlichen Rahmen- und Ausführungsbestimmungen beschließen.

Nur mit derartigem gesamtgesellschaftlichen Engagement kann es uns allen – hoffentlich – noch gelingen, die gegenwärtigen ökologischen Lebensbedingungen weitgehend zu bewahren und sonst drohende höchst problematische Folgen immer weiterer Erwärmung zu verhindern.

